



Europäisches Patentamt
80298 MÜNCHEN
DEUTSCHLAND
Tel.: +49 89 2399 0
Fax: +49 89 2399 4465

Siemens Aktiengesellschaft
Postfach 22 16 34
80506 München
ALLEMAGNE

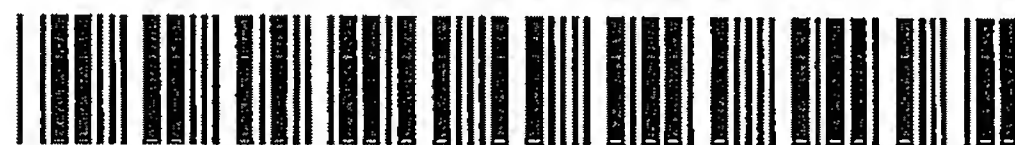
CT IPS AM Mch P

rec. MAY 08 2008

IP
time limit

Formalsachbearbeiter
Name: Davis, Matthew
Tel.: +49 89 2399 - 2703
oder alternativ:
+31 (0)70 340 45 00

Sachprüfer
Name: Liebhart, Manfred
Tel.: +49 89 2399 - 7598



Anmeldung Nr. 04 766 454.5 - 2414	Zeichen 2003P14965WE	Datum 07.05.2008
Anmelder SIEMENS AKTIENGESELLSCHAFT		

Bescheid gemäß Artikel 94 (3) EPÜ

Die Prüfung der obengenannten Anmeldung hat ergeben, daß sie den Erfordernissen des Europäischen Patentübereinkommens aus den beigefügten Gründen nicht genügt. Werden die genannten Mängel nicht behoben, so kann die Anmeldung nach Artikel 97 (2) EPÜ zurückgewiesen werden.

Sie werden aufgefordert, innerhalb einer Frist

von 4 Monaten

gerechnet von der Zustellung dieses Bescheides, Ihre Stellungnahme einzureichen und die angeführten Mängel, soweit diese behebbar sind, zu beseitigen. Die Frist berechnet sich nach den Bestimmungen der Regeln 126 (2), 131 (2) und (4) EPÜ.

Änderungen zur Beschreibung, zu den Ansprüchen und den Zeichnungen sind gegebenenfalls innerhalb der genannten Frist in **einem Exemplar** auf gesonderten Blättern (R. 50 (1) EPÜ) einzureichen.

Unterlassen Sie es, auf diese Aufforderung rechtzeitig zu antworten, so gilt die europäische Anmeldung als zurückgenommen (Art. 94 (4) EPÜ).



Liebhart, Manfred
Beauftragter Prüfer
für die Prüfungsabteilung



Europäisches Patentamt
80298 MÜNCHEN
DEUTSCHLAND
Tel: +49 89 2399 0
Fax: +49 89 2399 4465

Anlagen: 3 Seite/n Gründe (Form 2906)

Der Prüfung werden folgende Anmeldungsunterlagen zugrunde gelegt:

Beschreibung, Seiten

1-24 veröffentlichte Fassung

Ansprüche, Nr.

1-12 veröffentlichte Fassung

Zeichnungen, Blätter

1/2, 2/2 veröffentlichte Fassung

1. Es wird auf das folgende Dokument verwiesen:

D1: WO 03/073730 A (EUSCHER CHRISTOPH ; SCHMIDT MALTE (DE); KARGER STEPHAN (DE); LANGEFELD) 4. September 2003 (2003-09-04)

2. Das Dokument D1 offenbart (die Verweise in den Klammern beziehen sich auf dieses Dokument) in Übereinstimmung mit den im Anspruch 1 angeführten Merkmalen ein Verfahren zum Aufbauen einer Kommunikationsverbindung von einem ersten Telekommunikationsgerät über ein Telekommunikationsnetzwerk zu einem zweiten Telekommunikationsgerät (siehe Zusammenfassung sowie Bild 1), mit folgenden Schritten:
 - Speichern von zumindest einem Multimedia-Objekt eines Telekommunikationsteilnehmers zusammen mit einer jeweiligen Referenznummer in dem zweiten Telekommunikationsgerät (Seite 7, Zeile 28-36);
 - Festlegen einer Zuordnungsabbildung mit zumindest einem Datensatz, welche die Zuordnung von einem bestimmten Rufempfänger zu einer bestimmten Referenznummer eines Multimedia-Objektes angibt (Seite 7, Zeile 28-36);
 - Senden einer Verbindungsaufbauaufforderung von dem dem ersten Telekommunikationsteilnehmer zugeordneten ersten Telekommunikationsgerät an das Telekommunikationsnetzwerk, die angibt, dass eine Kommunikationsverbindung von dem ersten Telekommunikationsgerät zu dem einem ausgewählten Rufempfänger zugeordneten zweiten Telekommunikations-gerät aufgebaut werden soll (Seite 4, Zeile 12-17);
 - Ermitteln der für den ausgewählten Rufempfänger bestimmten Referenznummer anhand der Zuordnungsabbildung (Seite 5, Zeile 16-37);

- Übertragen einer Rufsignalisierung an das zweite Telekommunikationsgerät zusammen mit einer Anzeigeeinformation in Abhängigkeit der ermittelten Referenznummer (Seite 6, Zeile 9-12);
- Abspielen eines Multimedia-Objektes durch das zweite Telekommunikationsgerät, dessen Referenznummer der Anzeigeeinformation entspricht (Seite 6, Zeile 12-35).

Hierbei sei erwähnt, dass die Zuordnung in D1 derart gegeben ist, dass die Telefonnummer gleichzeitig der Referenznummer entspricht.

D1 enthält somit alle im **Anspruch 1** angeführten Merkmale, womit dieser Anspruch **nicht neu** ist und daher die Erfordernisse von **Artikel 54(1) und 54(2) EPÜ** nicht erfüllt.

3. Weiterhin kann festgestellt werden, daß selbst wenn der Anmelder argumentierte, dass Anspruch 1 auf Grundlage von geringfügigen Änderungen gegenüber der Entgeghaltung D1 neu wäre (insbesondere für den Fall, dass einem Anrufer mehrere Multimedia-Objekte zugeordnet sind und somit mehrere Referenznummer in Betracht kommen), die in Anspruch 1 definierte Lösung gegenüber der Offenbarung von D1 keine erfinderische Tätigkeit (Artikel 56 EPÜ) beinhalten würde, da D1 ebenfalls die Zuordnung verschiedener Identifikationen beschreibt (Seite 9, letzter Absatz). Die Verwendung einer Referenz um eine entsprechende Zuordnung zu gewähren stellt dabei lediglich eine von mehreren naheliegende Möglichkeit dar.
4. Der Gegenstand der abhängigen **Ansprüche 2-11** ist entweder direkt aus dem vorgenannten Stand der Technik (D1) bekannt und daher **nicht neu (Artikel 54(1) und 54(2) EPÜ)**, oder stellt lediglich naheliegende Designoptionen dar, welche ohne weiteres aus D1 ableitbar sind und daher **keine erfinderische Tätigkeit (Artikel 56 EPÜ)** aufweisen.
5. Der unabhängige **Anspruch 12** verweist lediglich auf eine Telekommunikationsanordnung, die dafür ausgelegt ist, die in den Ansprüchen 1-11 definierten Verfahrensschritte auszuführen.
Anspruch 12 enthält somit keine weiteren technischen Merkmale, sodass dieser

Anspruch entsprechend der unter Paragraph 2 erhobenen Einwände nicht als neu (Artikel 54(1) und 54(2) EPÜ) aufgefasst werden kann.

6. Des weiteren sind folgende Punkte zu berücksichtigen:

- a) Der Stand der Technik gemäß dem oben genannten Dokument D1 ist in der Beschreibungseinleitung nicht angegeben (Regel 42(1) b), c) EPÜ).
- b) Die unabhängigen Ansprüche 1 und 12 liegen nicht in korrekter zweiteiliger Form vor, um die Erfordernisse nach Regel 43(1) EPÜ zu erfüllen; d.h. diejenigen Merkmale, die in Verbindung miteinander zum Stand der Technik gehören, sind in den Oberbegriff zu nehmen (Regel 43(1) a) EPÜ), die übrigen Merkmale in den kennzeichnenden Teil (Regel 43(1) b) EPÜ).
- c) Bei der Überarbeitung der Anmeldung, insbesondere des einleitenden Teils einschließlich der Darstellung der Aufgabe oder der Vorteile der Erfindung, sollte darauf geachtet werden, dass kein Sachverhalt hinzugefügt wird, der über den Inhalt der Anmeldung in der ursprünglichen Fassung hinausgeht (Art. 123(2) EPÜ).

Um die Prüfung von geänderten Anmeldungsunterlagen im Hinblick auf Artikel 123(2) EPÜ zu erleichtern, wird der Anmelder weiters gebeten, die durchgeführten Änderungen, unabhängig davon, ob es sich um Änderungen durch Hinzufügen, Ersetzen oder Streichen handelt, deutlich aufzuzeigen und anzugeben, auf welche Stellen in der ursprünglich eingereichten Anmeldung sich diese Änderungen stützen.

Gegebenenfalls können diese Angaben in handschriftlicher Form auf Kopien der betreffenden Teile der ursprünglichen Anmeldung erfolgen.